



Solidarität

unsere Chance

Gewerkschafter:innen
gegen Atomenergie und Krieg
ggae@gmx.at * atomgegner.at

ÖSTERREICHISCHES
SOLIDARITÄTSKOMITEE
Plattform pro Sozialversicherung
oesolkom@gmx.at * prosv.at

Nummer 2

*

solidaritaet@gmx.at

*

April 2024

Krisen und Kriege:

Gefahr für Demokratie, Solidarität, Sozialstaat, Neutralität, Umwelt

Bericht und VIDEO von der Podiumsdiskussion am 13. März 2024.

Alle Einleitungsreferate sind in vollem Umfang auf dem VIDEO zur Veranstaltung abrufbar, siehe: www.atomgegner.at beziehungsweise auch auf www.unsere-neutralitaet.at oder direkt über Youtube:

<https://www.youtube.com/watch?v=CBrsZ9djKig>

Wir danken allen Referent:innen für ihre wertvollen, wichtigen und klaren Beiträge! Wir danken allen Besucher:innen für das große Interesse und die rege Teilnahme an der Diskussion. Der große Saal des Amerlinghauses in Wien war übervoll. Wir erhielten über den Diskussionsabend hinaus von vielen Teilnehmer:innen positive Rückmeldungen.

Neben dem Video gibt es von einigen Referent:innen auf den nächsten Seiten schriftliche Zusammenfassungen, für



Foto: © www.atomgegner.at

die die Autor:innen verantwortlich zeichnen und bei denen auch das Copyright liegt.

Fortsetzung Seite 2



Eindrücke von der öffentlichen Betriebs- und Protestversammlung der Beschäftigten des Traumazentrums Brigittenau des UKH Lorenz Böhler der AUVA am 6. März 2024.

Fotos: © www.prosv.at

NEIN zur Schließung des UKH Lorenz Böhler der AUVA!

Solidarität mit den Beschäftigten!

JA zur Erhaltung und zum Ausbau der öffentlichen Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung!

Am 6. März fand eine öffentliche Betriebs- und Protestversammlung der Beschäftigten des Traumazentrums Brigittenau des UKH Lorenz Böhler statt. Anwesend waren auch Vertreter:innen anderer Standorte der AUVA, die Gewerkschaften GPA und vida, Vertreter:innen der Ärztekammer usw. Die Plattform proSV des Österreichischen Solidaritätskomitees unterstützte den Protest und verteilte ein Flugblatt.

Fortsetzung Seite 8

Krisen und Kriege: Gefahr für Demokratie, Solidarität, Sozialstaat, Neutralität, Umwelt

*

Heidemarie Tschida

**Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg
Moderatorin der Diskussionsveranstaltung**

In ihren Begrüßungsworten bemerkte unsere Kollegin zum langen Titel der Veranstaltung, dass dieser widerspiegeln wie sehr die Dinge miteinander verstrickt seien und ein Angriff auf das eine mittelbar oder unmittelbar Auswirkungen auf das andere hat. Die Dinge sind nicht voneinander zu trennen. Daher kommen auch die Podiumsgäste aus verschiedenen Richtungen.

Nachfolgend, soweit vorhanden, schriftliche Zusammenfassungen der Einleitungsstatements der Referent:innen:

*

Heinz Gärtner

Politikwissenschaftler, Universität Wien

Prof. Heinz Gärtner beleuchtete in seinem Statement Entwicklung, Wichtigkeit und Möglichkeiten der Neutralität schon in Friedenszeiten und erst recht bei Kriegen, insbesondere im Hinblick auf Österreich.

Seine komplette Stellungnahme findet sich auf dem Video der Eingangsstatements auf unserer Homepage. Zudem verweisen wir auf die Website von Prof. Heinz Gärtner, auf der sich höchst wertvolle und interessante Beiträge nicht nur zur Neutralität finden:

<https://homepage.univie.ac.at/heinz.gaertner/?paged=2>

*

Udo Bachmair

Ehemaliger Redakteur und Moderator des ORF, Präsident der Vereinigung für Medienkultur

Kriegsberichterstattung und Propaganda, **Neutralität und Streben nach Frieden**: einige der Aspekte, die das Spannungsfeld von Politik und Medien mehr denn je charakterisieren.

Kriegsrhetorik in Politik und Medien greift immer weiter um sich. Vor diesem Hintergrund mutiert Frieden zunehmend zu einem negativ geladenen Begriff. Er wird vorwiegend in Kombination mit Begriffen wie Diktatfrieden oder Friedensdiktat verwendet. In der veröffentlichten Meinung dominiert die ausschließliche Sinnhaftigkeit aller militärischen Lösungen. Das veranschaulichen die aktuellen Beispiele der Kriege in der Ukraine und Gaza besonders deutlich.

Grundsätzlich erscheint klar: **Kriegspropaganda betreiben immer beide Seiten eines Konflikts.**

Gleichgeschaltet wirkende westliche Medien und auch zahllose PolitikerInnen gehen davon aus, dass nur Russland Kriegspropaganda betreibt, nicht aber auch die Ukraine.

Daraus resultiert jener durch diverse Studien bereits mehrfach belegte Eindruck, dass in der Kriegsberichterstattung vieler unserer Medien, besonders aber der deutschen, **ukrainische Kriegsrhetorik** und Propaganda oft als faktenbasierte Inhalte präsentiert werden, gemischt mit einem sich weiter radikalierenden Wording. Friedensrhetorik hingegen wird als naiv abgetan, eine solche würde Aggressoren, wie Putin, nur weiter ermuntern.

Am Anfang des Ukraine-Krieges war noch die territoriale Integrität der Ukraine oder Hilfe vor Ort im Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. Danach wurde medial zunehmend vermittelt, dass ein **Sieg der Ukraine unbedingt nötig** sei, die Existenz und der Fortbestand ganz Europas würden ansonsten auf dem Spiel stehen. Damit auch „unsere westlichen Werte“. Aber man fragt sich, ob denn die Ukraine diesbezüglich tatsächlich als Vorbild dienen könne, ein Staat, der hinsichtlich Korruption oder Pressefreiheit weltweit die hintersten Ränge belegt.

Ungeachtet dessen wird ein **Sieg gegen Putin von Politik und Medien gleichsam zur Pflicht erkoren**. Damit entfällt folgerichtig jede Verpflichtung zu Bemühungen für Waffenstillstandsgespräche und eine baldige friedliche Lösung.

Eine Forderung, die kürzlich auch der **Papst** erhoben hat. Er musste sich vom traditionell antirussischen Standard-Journalisten Hans Rauscher umgehend als Unterstützer eines Aggressors rügen lassen u.a. mit der Äußerung: „*Der Heilige Vater weiß nicht, wovon er da redet*“.

In derselben Zeitung feuerte **Markus Reisner** von der Theresianischen Militärakademie die Rüstungskonzerne an mit den Worten: „*Die Rüstungsindustrie könnte durchaus mehr produzieren!*“.

Speziell in Deutschland verdichtet sich der Eindruck, dass die meisten Medien, ausgerechnet auch die öffentlich-rechtlichen, die zur Objektivität auch der außenpolitischen Berichterstattung verpflichtet wären, die Politik vor sich hertreiben, **immer mehr und immer weiter aufzurüsten**.

Beispiel der **Druck auf Kanzler Olav Scholz**, unbedingt schwere Panzer an Kiew zu liefern, eine Forderung, der er nach einigem Zögern schließlich doch nachgekommen ist.

Oder jüngst: Noch zögert Scholz, die weit reichenden gegen Russland gerichteten **Taurus-Raketen** zu liefern. Er trotzt damit dem Druck der konservativen Opposition sowie vor allem auch dem Boulevard, wie der

allmächtigen BILD-Zeitung. Eine Frage der Zeit, bis Scholz wieder in die Knie geht ...?

Schließlich kommt Druck auch aus seiner Ampelkoalition, aus der FDP, allen voran seitens der mittlerweile als hartnäckige Kriegstreiberin kritisierten Chefin des außenpolitischen Bundestagsausschusses, Strack - Zimmermann. Besonders auch seitens der Grünen, allen voran der im Selbstverständnis nach wie vor grünen Außenministerin Annalena **Baerbock**. Sie hat sich in den Augen von Beobachtern als kriegsbegeisterte militaristische Hardlinerin entpuppt. Sie scheint vergessen zu haben, dass die Grünen sich früher einmal als parlamentarischer Arm der Friedensbewegung verstanden haben – eine Absurdität, ein Hohn sondergleichen, wenn man ihre aktuelle Haltung betrachtet.

Ganz zu schweigen von der EVP-Politikerin und EU-Kommissionspräsidentin **Von der Leyen**, die ebenfalls den Eindruck einer militaristischen Einpeitscherin erweckt, ohne auch nur einen einzigen Lösungsvorschlag präsentieren zu können.

Jedenfalls muss Frau Von der Leyen auch jene fahrlässige **Untätigkeit der Europäischen Union insgesamt** bezüglich Bemühungen um eine diplomatische Lösung und eine Beendigung des Blutvergießens angelastet werden. Im Sinne der Waffenlobby und im Interesse von NATO und USA fehlt offenbar jeglicher Wille, weiterer intensiver Aufrüstung abzuschwören und zumindest zu versuchen, mit Moskau diplomatisch oder persönlich in Kontakt zu treten. Optimismus über eine wohlwollende Gesprächsbereitschaft Putins hält sich zurzeit freilich in Grenzen.

Aber Versuche wären's doch wert !

Putin machts natürlich seinen Gegnern mit seiner völkerrechtswidrigen Aggression in der Ukraine leicht – und so läge es auch an ihm, erneut Verhandlungsbereitschaft zu zeigen, auch wenn ihm der Westen noch so sehr die kalte Schulter zeigt.

Zuviel Porzellan wurde auch seitens des Westens und der gefährlichen Erweiterung der NATO bis an die Grenzen Russlands zerschlagen. Jede Bereitschaft und Fähigkeit scheint dafür zu fehlen, sich auch in den Kriegsgegner Russland hineindenken zu können. So wird die subjektiv gefühlte und aus Sicht Moskaus ernstzunehmende **Bedrohung durch die NATO-Erweiterung** ebenfalls als bloße Propaganda abgetan.

Einseitigkeit in Bezug auf die Beurteilung des Ukrainekrieges bzw. der Mangel an differenzierten und differenzierenden Betrachtungsweisen in Politik und Medien erscheinen besonders schmerzlich dann, wenn sie **in einem neutralen Staat** wie Österreich gang und gäbe sind.

Leider muss sich da auch mein altes Unternehmen **ORF** manche Kritik gefallen lassen. So werden überwiegend Experten und Expertinnen in Ö1-Journale, ZiB 2-Sendungen oder Punkt.Eins-Sendungen eingeladen, die undifferenziert pro-ukrainisch und militaristisch argumentieren. So werden auch die zahlreichen Hintergründe, die mit zum Ausbruch des Krieges 2014 bzw. 2022 geführt haben, weitgehend ignoriert.

Die meisten JournalistInnen-KollegInnen fühlen sich im **Strom des antirussischen Mainstreams** wahrscheinlich wohler, einzelne, die endlich Waffenstillstandsverhandlungen oder Friedensgespräche fordern, werden als Putinversther gebrandmarkt, die angeblich nur dem Kriegsherrn in Moskau in die Hände spielen wollen. Sie geben ihren **Widerstand gegen den Mainstream meist** bald auf.

Einer der vorbildlichen Ausnahmen unter den ORF-Redakteuren, Christian Wehrschütz, wird sich auch nicht mehr lange halten können, denn leider wird nicht nur in Kiew, sondern auch hierzulande gegen ihn Stimmung gemacht und ihm dadurch der Weg in die Pension erleichtert.

Es ist ja nicht so, dass pauschal alle JournalistInnen sich nicht zumindest bemühen würden, auch in heiklen außenpolitischen Fragen einigermaßen objektiv und seriös zu berichten. Vielen ist einfach nicht bewusst, dass sie sich für eine Seite (pro Ukraine, pro Israel) vor den Karren spannen lassen. Unter der Devise: die einen sind gut, die anderen nur böse.

Davon lebt freilich der Boulevard, leider aber auch sogenannte seriöse Medien wie der ORF oder der Standard etc. So ist und bleibt das bereits lange aufgebaute Feindbild Russland unverrückbar.



Ein **Grundproblem** besteht u.a. darin, dass die außenpolitischen Ressorts, auch die im ORF, personell ausgedünnt worden sind, sodass oft weder Zeit noch Energien mehr bestehen für die Verwendung auch ausreichend alternativer Quellen. So bekommen Medienkonsument:innen zu einem großen Teil serviert, was die beiden großen westlichen Agenturen mit ihrem speziellen Wording und ihrer US-orientierten Sicht der Welt vermitteln und vorbeten.

Die andere Seite der Propaganda, die der russische TV-Kanal „Russia today“ betreibt, ist der westlichen Zensur zum Opfer gefallen und nicht mehr empfangbar. Demokratiepolitisch und im Sinne der Meinungsvielfalt problematisch. Dabei wäre es doch interessant und aufgeklärten Mediennutzer:innen zumutbar, auch die andere Seite zu hören, auch wenn Propagandainhalte überwiegen.

Umso lauter polemisieren manche PolitikerInnen und heimische Medien gegen die Nützlichkeit der Neutralität

Fortsetzung nächste Seite

Österreichs. In Kommentaren etwa der Zeitungen Standard oder Kurier wird mehr oder weniger unverhohlen Stimmung aufbereitet für einen **Beitritt Österreichs zur NATO**.

Dabei hätte Österreich **als neutrales Land** große Chancen, Vertreter der Kriegsparteien an einen Tisch zu holen. Wien als UNO-Standort, Wien als Austragungsort internationaler Konferenzen, wäre prädestiniert dafür.

Nur: **Österreichs Neutralität** hat Schaden gelitten durch eine österreichische Außenpolitik, die den Namen nicht verdient, die sich bei globalen Konflikten jeweils relativ einseitig positioniert.

Nicht nur in der Ukrainefrage – etwa, wenn das Parlament Selensky zu einer seiner Propagandareden einlädt – oder wenn auf dem Gebäude des Bundeskanzleramts ausschließlich **die israelische Fahne** gehisst und nicht auch Empathie für das Leid der palästinensischen Bevölkerung symbolisiert wird.

All das ist freilich nicht ein formaler Verstoß gegen die immerwährende bewaffnete Neutralität, jedoch **gegen den Geist** der Neutralität gerichtet.

Sollte eine weitere Aushöhlung der Neutralität erfolgen oder gar ein NATO-Beitritt Österreichs Realität werden, wäre eine mediative und friedensstiftende Rolle Österreichs wie zu Zeiten Bruno Kreiskys jedenfalls endgültig verspielt.

Werden wir nicht müde, da klar dagegenzuhalten !

(Der Beitrag entspricht einer vom Autor leicht gekürzten Textgrundlage für das Referat bei der Veranstaltung).

*

Dalia Sarig-Fellner

Initiative „Nicht in unserem Namen Wien“

Zu meinem Hintergrund: Ich bin **Jüdin**, in Wien geboren und mit 18 – 1987 – nach Israel migriert. Ich war damals fest davon überzeugt, dass Israel ein demokratischer jüdischer Staat ist, habe mich für Frieden eingesetzt – war immer für die Rückgabe der besetzten Gebiete und für eine Zwei-Saaten-Lösung – klassische „linke“ Positionen.

Im Rahmen meines Studiums – Politikwissenschaften und Geschichte des mittleren Ostens – habe ich arabisch gelernt. Eines Abends hat mir mein Arabisch Lehrer – ein israelischer Palästinenser – seine Geschichte und die Geschichte der Vertreibung seiner Familie erzählt. Ich habe sofort verstanden, dass ein jüdischer Staat niemals demokratisch sein kann, denn ein jüdischer Staat ist nur so lange jüdisch solange es eine jüdische Mehrheit gibt und die gilt es sicher zu stellen. Daraus ergibt sich: Unterdrückung, Diskriminierung, Vertreibung, Apartheid, ethnische Säuberung all jener Menschen die nicht jüdisch sind.

Ich habe mich dann konsequent mit dem Thema auseinandergesetzt und letztendlich bei einer palästinensischen NGO in Israel gearbeitet. Dabei habe ich meine jüdische israelische Community und Familie verloren.

2000 bin ich nach Österreich zurück. Zu Beginn dachte ich, ich kann hier in Österreich etwas tun um die öffentliche Wahrnehmung zu verändern, dieser Aufgabe war ich dann nicht gewachsen.

Im Dezember letzten Jahres haben einige jüdische Freunde und ich die Initiative „Not in Our Name Vienna“ gegründet. Wir wollten nicht mehr tatenlos zusehen, wie in Gaza Kriegsverbrechen begangen werden und ZivilistInnen ermordet werden. Inspiriert haben uns die Aktionen von Jewish Voice for Peace. Wir wollten aber keine exklusive jüdische Initiative sein, sondern eine inklusive und daher haben wir Menschen aus unterschiedlichen Communities eingeladen mitzumachen.

Was uns motiviert hat ist das Versprechen, dass wir uns gegeben haben – wir alle sind Nachkommen von Holocaustüberlebenden – nicht tatenlos zuzusehen, wie in Gaza ein Genozid durchgeführt wird. Wir alle haben nie verstanden, wie es sein konnte, dass so viele Menschen während des Holocaust zugestimmt oder weggeschaut hatten. Daraus haben wir gelernt und daraus ergibt sich für uns: nie wieder bedeutet nie wieder für niemanden, nirgendwo und niemals.

Im Jänner haben wir den Festakt im Parlament zum Thema „Menschenrechte“ gestört. Wir wollten auf den Krieg in Gaza aufmerksam machen und darauf, dass unsere Regierung – sich durch ihr Abstimmungsverhalten in der UN mitschuldig gemacht hat. Österreich gehörte zu den wenigen Ländern, die gegen einen sofortigen Waffenstillstand gestimmt hat – 153 dafür, 10 dagegen, 23 Enthaltungen.

Ich bin also keine Wissenschaftlerin, sondern Aktivistin.

Krisen und Kriege – Gefahr für die österreichische Demokratie

- **Medien:** was wir im Zusammenhang mit diesem „Krieg“ sehr stark spüren ist, die einseitige Wahrnehmung und Berichterstattung – besonders in Österreich und in Deutschland. Jede/r, die/der sich auf die Seite der PalästinenserInnen stellt, läuft Gefahr, als Antisemit diskreditiert zu werden. Auch deshalb wollten wir unsere jüdische Stimmen erheben, um andere vor diesem Vorwand und der Diskreditierung zu schützen. Das ist in Österreich noch möglich. In Deutschland sind rund ein Drittel der Menschen, die auf Demos verhaftet werden, weil sie sich Israel gegenüber kritisch äußern – Juden. Sie werden unter der Anschuldigung festgenommen antisemitisch zu sein. Absurd!

Der Grund, warum auch wir uns aktivistisch betätigen ist, weil wir sonst gar nicht gehört werden. Aktivismus hilft uns zumindest kurz Aufmerksamkeit zu erregen.

- **Rassismus seitens der Politik:** Schon vor dem 7.10. wurden PalästinenserInnen und muslimische oder arabische Communities unter Terror-Generalverdacht gestellt. Operation Luxor war nur die Letzte in einer Reihe von haltlosen Anschuldigungen. Brutale Hausdurchsuchungen wurden durchgeführt und später als rechtwidrig befunden. All das hat sich seit dem 7.10. drastisch verschlechtert. Ich erinnere an das Null-

Toleranz-Papier der niederösterreichischen Landeshauptfrau Mikl-Leitner, das im November in jeden niederösterreichischen Haushalt geschickt wurde, in der sie MigrantInnen aus arabischen, muslimischen Communities verpflichten möchte, das Existenzrecht des Staates Israel anzuerkennen – das bedeutet den jüdischen Staat – der die Palästinenserinnen seit über 70 Jahren unterdrückt – und von dem auch ich mir wünsche er würde demokratisch werden. Sie müssen eine Erinnerungsstätte besuchen und eine Werteerziehung durchmachen. Wohingegen sie mit Udo Landbauer regiert. In ihrem Null-Toleranzpapier weist sie darauf hin, dass dies auf Grund des 7.10. notwendig sei. Also die Kriminalisierung der gesamten Community. Das nennt man Rassismus.

Krisen und Kriege – Gefahr für die Solidarität –

- **Antifa – einmal anders:** hier gibt es einen Teil der Linken – sie kommen aus der Tradition der Anti-Deutschen – die „linke“ Positionen vertreten, aber wenn es um Israel geht, ihre Verantwortung für die Schoa gegenüber den Juden, in die Diskussion bringen und daher komplett abblocken, wenn es darum geht, den Staat Israel für seine Taten zu kritisieren.
- **Angst davor als Antisemit zu gelten** – das wirkt sich auf die Solidaritätsbewegung für Palästina aus. Wir sehen, dass in Österreich hauptsächlich PalästinenserInnen auf die Straße gehen. Es gibt keine große Protestbewegung unter den ÖsterreicherInnen – wenn wir hingegen Paris/London oder USA beobachten, sind es Riesendemos gegen die israelische Regierung und in Solidarität mit dem Palästinensischen Volk.



Was ist zu tun? Alon Mizrahi

- Ein großer Dienst, den dieser Völkermord uns als Weltbürgern erwiesen hat, besteht darin, dass er uns vor Augen geführt hat, wie verrückt, zynisch und unbarmherzig die Mächtigen sind, die das Sagen haben. Wenn wir es besser machen wollen, wenn wir über eine Zukunft nachdenken, reicht es also nicht aus, den Zionismus oder den Westen zu verurteilen.
- Was wir brauchen, sind keine Kriegsroboter und Mars-Phantasien. Was wir brauchen, ist Transparenz und eine Gesellschaft, in der die Macht immer kritisch hinterfragt wird, in der Dissens selbstverständlich ist und in der den Menschen die Wahrheit gesagt wird, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können.

- Seien wir also Revolutionär. Seien wir extrem in unserem Misstrauen gegenüber der Macht und den Institutionen. Ich schwöre Ihnen, dass die Zukunft der Menschheit davon abhängt. - Wir sind unser ganzes Leben lang methodisch belogen worden. Wir müssen den böswilligen Akteuren die Macht nehmen, uns zu belügen und uns zu bedrohen.

*

Ekaterina Schalmann

Politikwissenschaftlerin, System Change Not Climate Change

Mit der zunehmenden Eskalation globaler Konflikte und deren potenzieller Auswirkungen auf bereits bestehende Krisen drängt sich die Frage auf, was die Zivilgesellschaft und mit ihr die Friedensbewegung tun kann, um das Kriegspotenzial einzudämmen und eine kraftvolle, glaubwürdige Bewegung für den Antimilitarismus aufzubauen.

Krieg ist das aggressivste Mittel kapitalistischer Expansionspolitik zur Sicherung knapper Ressourcen im ständigen Streben nach Wirtschaftswachstum.

Krieg ist auch das mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit profitabelste Geschäft der Welt. Krieg und Krise sind im Kapitalismus immanent.

Um dem Krieg etwas entgegenzusetzen, müssen wir also auch den Kapitalismus mit allen Mitteln bekämpfen. Anstatt Konzernen dabei zuzusehen, wie sie mit Kriegsgeschäften und Teuerungen Milliarden verdienen, sollten wir das Gegenmodell zum Kapitalismus, die sozial-ökologische Transformation gemeinsam vorantreiben und eine Wirtschaft aufbauen, die die natürlichen Grenzen des Planeten respektiert und menschliche Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellt.

Im Schulterschluss mit der Klimagerechtigkeits- und Demokratiebewegung kann die Friedensbewegung den Grundstein für neue gesellschaftliche Strukturen legen, sich für Demokratisierung der Grundversorgung von Wohnen bis Energie und Lebensmittelversorgung einsetzen und sich gegen die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und autoritären Regimen stark machen.

Die wirksamste Antwort auf Krieg heißt sozialökologische Transformation!

*

Monika Maria Steiner

IG-Flex/GPA, Plattform der atypisch, prekär und (unfreiwillig) selbständig Tätige

Ich beleuchte die Sicht der Menschen, die normalerweise keine Stimme haben: Jetzt wird immer mehr von der Notwendigkeit von **Aufrüstung und "Verteidigung"** von der **"Kriegstauglichkeit"** für "unsere" **Sicherheit** geredet. Das soll von den Waffenprofiteuren und den Kriegsplänen in vielen Teilen der Welt und den Milliarden-Kosten für Krieg und Waffen ablenken, **Angst**

Fortsetzung nächste Seite

machen. Und es soll davon ablenken, dass das Geld, das für Krieg und Waffen im Namen von **"Hilfe"** ausgegeben wird, dann für Menschen in Armut, mit wenig Einkommen, für Arbeitslose, prekär Beschäftigte (das sind z.B. Leiharbeitskräfte bzw. Transitarbeitskräfte, geringfügig Beschäftigte, Arbeiten auf Abruf, Saisonal Beschäftigte, Plattform- bzw. Clickworker) bei **Gesundheit, Bildung, Pensionen** fehlt. Milliarden und Milliarden werden für Aufrüstung, neue Waffenfabriken und fürs Krieg führen im Namen von "Hilfe" lockergemacht. Auch Österreich zahlt beim Krieg machen direkt oder indirekt mit, obwohl das dem Sinn der Neutralität widerspricht. Die einen verdienen daran, die anderen, die Armen und Ärmsten, werden geopfert ... zum Beispiel:

Die über 20 000 österreichischen Obdachlosen. 20 000 sind nur die offiziell registrierten, die Dunkelziffer ist weit höher. Sie sieht man nicht. Sie schämen sich. Die verdeckt Obdachlosen (viele Frauen) flüchten vor prekären Lebenssituationen zu Bekannten und Angehörigen. Sie sind dann **"nur"** wohnungslos.

Im Lock down hat es geheißen: "Bleiben Sie zuhause". Dieser Satz muss ein Schlag ins Gesicht jener gewesen sein. Dieser Satz verdeutlicht aber: **das Elend vor der Tür ÜBERSieht man.**

"Selbst schuld" hört man oft. Doch **Armut fängt bei Ausbeutung** an. Menschen auf Arbeitssuche fallen oft auf skrupellose Unternehmer*innen rein, die ihre Beschäftigten **nicht oder nicht richtig** bei der Sozialversicherung anmelden, **sie zwischendurch einfach ohne Wissen der Beschäftigten abmelden.**

Diese Zeit **fehlt dann bei der Pensionsberechnung. Altersarmut vorprogrammiert.** "Sollen sie doch länger arbeiten!" hört man oft. Die Wahrheit: Frauen über 40 sind am Arbeitsmarkt nicht wirklich erwünscht.

Solange Männer in der Chefetage sind, wollen sie natürlich etwas Ansehnliches für die Zusammenarbeit. Hat sich jemand im ehemaligen Betrieb beworben, war die erste Frage meines Ex-Chefs: Wie hat sie ausgesehen? Mit der Hand hat er eine Rundung auf seiner Brust angedeutet.

In ländlichen Gebieten wird oft nur Teilzeit von Unternehmen angeboten. Oftmals ist es anders nicht möglich. Am Land haben sie nicht alle paar Minuten eine U-Bahn, der letzte Bus fährt um 18 Uhr, Nebenstraßen werden im Winter nicht geräumt, Kindergärten sind nicht um die Ecke usw.

Frauen bekommen weniger bezahlt, sollen Familie und Beruf unter einen Hut bringen und nicht jammern. Noch immer ist ein **BUB** der Stolz der Familie und natürlich später meist der Alleinerbe eines Hofes.

Zum anderen fördern die Öffnungszeiten von Großkaufhäusern und Diskontern auch in der Stadt den Trend zu Teilzeitkräften, da für **eine** Vollzeitkraft zu viele Überstunden anfallen würden.

Leistbare Wohnungen sind Mangelware. Ich kenne Frauen und Männer die ohne Licht, ohne Warmwasser hausen, weil sie die Stromrechnung nicht bezahlen konnten.

Dazu kommt, dass viele, vor allem Ältere, mit der **Online-Beantragung** für Hilfen schlichtweg überfordert sind und ohne Strom ja auch kein Computer, falls man den noch hat, funktioniert.

Es ist edel, Menschen in Kriegsgebieten zu unterstützen - oder doch nicht? Vielleicht erhofft man sich **später** Rohstoffe, Land etc. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Ukraine jemals Schulden zurückzahlen kann.

Wenn man österreichische Wohn- und Obdachlose unterstützt, denen kann man später nichts mehr nehmen, da hat man schon vorgesorgt. Mit geringem Lohn, Versicherungsbetrug an Beschäftigten etc. Nicht hinhören, wegschauen - geht mich nichts an!

Die, die man übersieht, haben auch keine Stimme - ohne Wohnsitz keine Wahlberechtigung!

Das, was die Kriegswaffen gekostet haben, hätte gereicht, um in Österreich keinen einzigen Obdachlosen zu haben. Hätte gereicht, um Alleinerzieher*innen das Auskommen mit dem Einkommen zu sichern. 18 Milliarden Euro für Aufrüstung bis 2032 sind gleich verpufft, für die Bevölkerung fehlen **leistbare Wohnungen** und Wohngemeinschaften wie etwa **Generationen-Wohnen**, die man fördern kann, statt spekulativen Leerstand zu tolerieren. Und nicht nach Pflegekräften zu schreien, sondern das **Gesundheitsbewusstsein belohnen** statt ständiger Aktions-Alkoholwerbung in Flugblättern. **Gesunde Menschen brauchen weniger Pflege.**

Konzentrieren wir uns doch darauf, Ungerechtigkeiten wie Landgrabbing - Landraub, Umweltverschmutzung zu vermeiden, eine lebenswerte Zukunft zu kreieren, kriegsrisikofreie Konfliktparteien an den **Verhandlungstisch** zu bringen, statt sich am Töten zu beteiligen und jene vor unserer **Haustüre** zu unterstützen.

Unterstützen können Sie übrigens auch mit Ihrer Stimme bei der AK-Wahl im April.

*

Michael Kösten

Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg
www.atomgegner.at bzw. www.unsere-neutralitaet.at

Österreichs Neutralität ist heute wichtiger als je zuvor. Denn mit dem Krieg, den Russland gegen die Ukraine bezüglich der Krim bzw. Luganz und Donez führt, in Wirklichkeit ein Stellvertreter-Krieg von USA/NATO/EU gegen Russland, ist seit 1945 die Gefahr eines großen Krieges größer als je zuvor. In Europa rüstet u.a. speziell Deutschland aber auch Österreich, das neutrale Österreich, in großem Maßstab auf. Das Bundesheer hat schon in seinem Bericht Risikobild 2032 von einem sog. Neutralitätsrisiko als eine neue Bedrohung für Österreich geschrieben. Aus dem Verteidigungsressort von Ministerin Tanner heißt es also, dass Russland Österreich bedrohe, wenn wir neutral bleiben, dann steige die Gefahr, dass Österreich angegriffen werde. Das ist direkt Kriegspropaganda für eine Beteiligung Österreichs an Kriegsvorbereitungen und letztlich an neuen Kriegen. Das ist alles mit unserer Neutralität nicht vereinbar. Das

Bundesheer erhält Milliarden an Steuergeldern. Es schafft auf Geheiß der Regierung u.a. Pandur-Radpanzer an, die ein mobiles Fliegerabwehrsystem mit sich führen können, weiters ein stationäres 35 mm Kanonensystem. Auch sollen 8 mobile Flugabwehrraketen, Iris T, angeschafft werden. 90% der Österreicher sind für die Beibehaltung der Neutralität. Um die Bevölkerung zu beruhigen, nimmt Bundeskanzler Nehammer deshalb die Neutralität derzeit öfters in den Mund. Gleichzeitig versucht er so davon abzulenken, dass die Regierung durch ihre Taten die Neutralität immer mehr untergräbt und weiterhin und verstärkt aufrüstet.



GAZA:

SIX WARS OLD: Sixteen years of childhood in Gaza.

Eine Gruppe US-Autoren haben zum Leben der Kinder in Gaza eine Visualisierung erarbeitet. Sie schreiben dazu: In Gaza leben ca. 2,3 Millionen Palästinenser, 47% sind Kinder. Die meisten dieser Kinder haben ihr ganzes Leben unter israelischer Blockade gelebt. Sie haben nicht ein Trauma erlebt, sondern durch ihr ganzes Leben hindurch verschiedene Traumata. Um das Leben eines Kindes in Gaza zu beschreiben, haben diese Autoren unter dem Titel „Sechs Kriege alt“ („Six wars old“) und „Sechzehn Jahre Kindheit in Gaza“ eine Grafik von dem Leben der Kinder in Gaza von deren Geburt 2007 bis zum 16. Lebensjahr, also bis zum Gaza-Krieg im Jahr 2023, verfasst. <https://www.visualizingpalestine.org/visuals/six-wars-old>

Alter 0 (Geburt)! Geboren als Flüchtling: Ich wurde 2007 geboren, als einer von 70% Palästinensern deren Familien in der Nakba vertrieben wurde.

Alter 2 Jahre! Erste Attacke: Ich habe eine 22 Tage lange Attacke erlebt, in der 1385 Palästinenser getötet wurden, inklusive 318 Kinder.

Alter 5 Jahre! Zweite Attacke: Ich habe eine 8 Tage Attacke des israelischen Militärs erlebt in der 168 Palästinenser, darunter 33 Kinder, getötet wurden.

Alter 7 Jahre! Dritte Attacke: Ich erlebte 50 Tage ein Schlachten durch das israelische Militär. 2251 Palästinenser wurden getötet, inklusive 556 Kinder.

Alter 11 Jahre! Großer Rückmarsch. In großer Zahl widersetzten sich die Palästinenser der Blockade der israelischen Armee. Diese tötete 214 Palästinenser inklusive 46 Kinder.

Alter 14 Jahre! Vierte Attacke: Überleben einer 11 Tage dauernder Attacke durch die israelische Armee – 220 Palästinenser getötet, 67 Kinder getötet.

Alter 15 Jahre! Fünfte Attacke: Ich überlebte eine 3 Tage der israelischen Armee auf Gaza – 33 Palästinenser wurden getötet, inklusive 9 Kinder.

Alter 16 Jahre! Sechst Attacke: ab Oktober 2023. Bis heute ca. 33.000 Tote, darunter ca. 20.000 Frauen und Kinder.

Ich bin Psychiater. In meinem Fach gibt es die Diagnose: posttraumatische Belastungsstörung. Doch die Kinder in Gaza haben nicht eine posttraumatische Belastungsstörung mit deren Folgen erlitten, nein, ihr ganzes Leben haben sie unter andauernden Traumata gelitten. Die Behandlung nur eines solchen Traumas ist schwierig und dauert meist viele Jahre. Und ist oft nicht erfolgreich. Sie können sich ev. vorstellen, was das bei sechs oder mehr Traumata bis zum 16. Lebensjahr bedeuten kann.

Die Politik Israels in Gaza von Oktober bis heute ist Völkermord. Das Militär tötet direkt und führt weiters durch seine Kriegsführung in Gaza bewusst eine Zerstörung der gesamten Infrastruktur Gazas samt Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmittel bzw. medizinischer Hilfe herbei. Eine Hungersnot, die den Tod von zigtausend Menschen zur Folge hat.

Israels Krieg ist nicht wirklich als Folge des Hamas Angriff zu sehen.

Aus westlichen Quellen ist u.a. bekannt, dass der ägyptische Präsident Al Sisi noch drei Tage vor dem Hamas Angriff den israelischen Ministerpräsident Netanyahu gewarnt hatte, dass ein Angriff an diesem Tag bevorstehe. Weiters wurde die Truppe der israelischen Armee, die die Gaza-Grenze, wo der Hamas Überfall stattfand, bewachen sollte, am Tag vor diesem Angriff abgezogen wurde und im Westjordanland zur Sicherung eines Siedler-Festes abkommandiert wurde. Drittens ist längst bekannt, dass Israel und Katar seit Jahrzehnten die Hamas in Gaza finanziell mit viel Geld unterstützten. Motiv laut israelischen Quellen: Netanyahu strebte eine Stärkung der Hamas gegenüber der PLO an, da die Hamas eine Zwei-Staaten Lösung ablehnte und ihre Stärkung mit sich brachte, dass eine Einigkeit der Hamas mit der PLO immer unwahrscheinlicher wurde, was im Interesse Netanyahus war. Im Westjordanland, wo ca. 2,5 Millionen Palästinenser ca. 500.000 Siedlern gegenüberstehen, hat die Netanyahu-Regierung nun den weiteren großen Ausbau der Siedlungen beschlossen. Und für die Regierung Netanyahu ist der Hamas Angriff, der Antisemitismus Vorwurf die ideale und notwendige Bedingung seine Siedlungspolitik im Westjordanland verstärkt fortzusetzen. Die behauptete Drohung, die Palästinenser wollen die Israeli ins Meer werfen, dient als Vorwand und Rechtfertigung gezielt Palästinenser aus dem Westjordanland zu vertreiben, ihnen ihr Land und auch ihr Leben zu nehmen.

Erdöl und Erdgas:

Israel hat im Oslo 2- Abkommen 1995 die Rechte des palästinensischen Volkes in Gaza auf Öl bzw. Gasvorkommen im Meer vor seiner Küste anerkannt. Im Jahr 2000 hat die von Israel beauftragte Firma British Gas 20 Seemeilen vor der Küste Gazas reiche Öl- und Gas Vorkommen gefunden. Nach dem Gaza-Krieg 2008 hat

Israel entgegen dem Völkerrecht und den früheren Vereinbarungen das an den Gazastreifen grenzende Seegebiet zu seinem Eigentum erklärt. Danach hat Israel die US-Firma Chevron beauftragt, die Förderung von palästinensischen Gas - und Ölgewinnung aus dem Meer zu betreiben. Das Projekt wurde dann wegen regelmäßigen militärischen Zusammenstößen aufs Eis gelegt. 2017 schätzte die UN-Kommission den Wert der Gas- und Öl-Vorkommen vor Gaza auf ca. 520 Milliarden Dollar, 80% davon das Gas. Heutiger Wert insgesamt ca. 600 Milliarden Dollar. Seit September 2022, nach der Sprengung bzw. Stilllegung von Nord Stream 1 und 2, weiters des Fracking Booms wollten die USA, dass günstiges Gas aus Russland und Iran unter allen Umständen vom Markt ferngehalten werde. Im Sommer kam es unter Vermittlung der USA zu einem Treffen zur raschen Entwicklung des Gasfeldes vor Gaza. Am 18. Juni 2023 erklärt dann Netanyahu, dass das Projekt der Gas- und Ölgewinnung aus dem Meer vor Gaza notwendig ist, um die Sicherheit und die diplomatischen Bedürfnisse des israelischen Staates zu gewährleisten. Die Hamas protestierte und bekräftigte, dass „unser Volk in Gaza das Recht auf seine Bodenschätze hat“. Israel hat nun am

30.10. 2023, also 3 Wochen nach dem Beginn des Gaza-Krieges, Lizenzen für Gasförderung an 6 Konzerne vergeben, unter anderem an BP, ENI, SOCAR (State Oil Company of Azerbaijan Republic).

Das heißt, Israel eignet sich das Erdgas, das dem palästinensischen Volk gehört, an. Und es besteht, soviel scheint klar, ein Zusammenhang mit dem Gaza-Krieg. Es geht also nicht so sehr um Religion und Geschichte, sondern um Geld und um Bodenschätze, die Israel für die USA und Großbritannien ausbeutet, es geht um billige Erdgasreserven, um russische Erdgaslieferungen auch in Zukunft zu verhindern. Zitiert aus: www.anti-spiegel.ru/2023/die-wahren-gruende-fuer-den-krieg-in-gaza/, 10.01. 2024

Weitere Hintergrundinfos siehe:

[GAZA_Voelkermord_Soli_1-24_HP.pdf \(prosv.at\)](#)

Neutralität statt Kriegsteilnahme: [Risikobild-2024_1-24_HP.pdf \(prosv.at\)](#)

[UKRAINE-Krieg_Kein-Friedenswille_Soli_1-24.pdf \(prosv.at\)](#)

Fortsetzung von Seite 1

Schließung des UKH Lorenz Böhler der AUVA

Die Belegschaftsvertretung stellte drei Forderungen an die AUVA-Führung:



1) Schriftliche Zusage der AUVA-Führung, dass es zu keinen Änderungen bei den Dienstverhältnissen kommt.

2) Ein klares Konzept und einen klaren Zeitplan wie wieder ein geordneter Betrieb durchgeführt werden kann.

3) Einsicht in alle Dokumente, mit denen die Spitalschließung gerechtfertigt wird. Für die Erfüllung der Forderungen hat die AUVA-Führung eine Woche Zeit, ansonsten wird gestreikt – nicht nur in Wien, sondern auch in den anderen AUVA-Häusern!

Der Grund für den Protest: Überfallsartig über Nacht wurde von der AUVA-Führung mitgeteilt, dass wegen „Sanierungsarbeiten“ das Traumazentrum Lorenz Böhler geschlossen werden muss. Zurecht befürchtet die Belegschaft, dass das das endgültige Aus einleiten soll. Seit vergangenen Sommer wisse die AUVA-Führung um die Missstände z.B. beim Brandschutz. Zudem seien Vorschläge der Belegschaft für eine Sanierung bei laufendem Betrieb ignoriert worden. Eine Schließung bedroht 65.000 Behandlungen und 5.000 Operationen im

Jahr. Das ist eine weitere Verschlechterung des Gesundheitsangebotes und schadet der Bevölkerung!

Zurecht befürchtet die Belegschaft, dass damit das endgültige Aus des AUVA-Spitals eingeleitet werden soll. Denn notwendig wäre diese Vorgangsweise ganz und gar nicht. Eine baubehördliche Sperre wäre zu verhindern gewesen, würde die AUVA-Führung die Auflagen erfüllen. Seit vergangenen Sommer wisse die AUVA-Führung um die Missstände z.B. beim Brandschutz. Zudem seien Vorschläge der Belegschaft für eine Sanierung bei laufendem Betrieb ignoriert worden. Laut anfänglichen Aussagen der Baupolizei, so die Belegschaft, könnten die größten Mängel noch bis Mitte März behoben werden – also ein Weiterbetrieb gesichert werden. Doch das wollte scheint's die AUVA-Führung nicht – begann überfallsartig sofort mit der Absiedelung. Es zeigt sich ein widerliches „Spiel“ mit verteilten Rollen zwischen der von der Unternehmerseite gestellten AUVA-Führung, Behörde und Politik. Jeder schiebt die Schuld auf den anderen. Den Gewinn haben die Unternehmer, den Schaden haben die Patient:innen, die längere Wege zu Behandlungen in Kauf nehmen oder länger auf Behandlungen warten müssen. Schließlich die Beschäftigten, die nicht wissen, ob und wie es wo weitergeht.

Die Pläne der Schließung des UKH Lorenz Böhler gibt es seit der ÖVP-FPÖ-Regierung von Kurz-Strache. Die Unfallbehandlung wird jetzt ins UKH-Meidling und ins AKH ausgelagert. Die Belegschaftsvertretung und die Beschäftigten weisen darauf hin, dass durch die

Schließung Zehntausende Patient:innen aus dem UKH Lorenz-Böhler dann im UKH-Meidling und im AKH behandelt werden müssen.

Die AUVA wird seit Jahren ausgehungert, indem der Beitrag der Unternehmer für die AUVA immer weiter reduziert wird. Die fehlenden Millionen führen zu den geplanten Schließungen wie beim Rehasentrum Weißer Hof (Klosterneuburg) oder eben bei UKH Lorenz Böhler. Die Unternehmer wollen sich so – bei Beibehaltung des Haftungsausschlusses (*) – Kosten ersparen und die Unfallbehandlung und die Kosten in das öffentliche Krankensystem auslagern.

Mittlerweile konnte durch den Protest der Belegschaft erreicht werden, dass

- es zu keinen Verschlechterungen für die Beschäftigten kommen soll
- ein Containerespal bis 2025 am Standort errichtet werden soll
- nach der Sanierung das UKH Lorenz Böhler wieder in Betrieb gehen oder mit einem Neubau die Gesundheitsversorgung für diesen Teil der Stadt wiederhergestellt werden soll

Berechtigterweise sind Belegschaft und Betriebsrät:innen der AUVA trotz der gemachten Zusagen der Geschäftsleitung weiterhin skeptisch, ob den Versprechungen auch die entsprechenden Taten folgen. Denn auch schon in der Vergangenheit wurde immer wieder daran gearbeitet die AUVA kaputtzumachen.

In den vergangenen 20 Jahren wurde durch die verschiedenen Bundesregierungen im Interesse der Wirtschaft, die die AUVA finanziert, um Unfälle kollektiv zu versichern (siehe Haftungsausschluss), der Beitrag der Unternehmer zur Unfallversicherung immer wieder gesenkt. Betrag dieser z.B. 2014 noch 1,4 Prozent der Lohnsumme, so sind es heute noch nur 1,1 Prozent. Der AUVA fehlen dadurch jährlich über 100 Millionen Euro im Budget. Türkis-Blau unter ÖVP-Kanzler Kurz und FPÖ-„Ungesundheits“-Ministerin Hartinger-Klein sollte die AUVA sogar ganz zerschlagen werden. Ebenso wurde damals die Schließung von AUVA-Kliniken „angedacht“. Mit dem Ibiza-Video und dem Platzen der ÖVP-FPÖ-Regierung war damit zunächst und vordergründig Schluss. Doch auch mit dem zur ÖVP zählende AUVA-Chef aus

WHISTLEBLOWER-SUCHE

AUVA ließ unrechtmäßig E-Mail-Logfiles von 6.000 Mitarbeitern durchsuchen

[AUVA ließ unrechtmäßig E-Mail-Logfiles von 6.000 Mitarbeitern durchsuchen - Gesundheitspolitik - derStandard.at > Inland](#)

Die Reduzierungen und Schließungen im AUVA-Bereich zeigen auch was es bedeutet sogenannte „Lohnnebenkosten“ zu senken.

Denn die Unternehmerbeiträge für die AUVA sind für die Firmen sogenannte „Lohnnebenkosten“. Das heißt, Beiträge, die von den arbeitenden Menschen erarbeitet, aber von den Firmen in diverse soziale Töpfe abgeführt werden. Die ständige Senkung des AUVA-Beitrages der Unternehmer ist so eine Kürzung und bedeutet weniger Unfall- oder Krankenbehandlung. Man kann sich ausrechnen, was die von Wirtschaft und Industrie geforderte „Lohnnebenkosten“-Senkung von vier Milliarden Euro für weitere soziale Bereiche bedeutet.

Mehr Infos zur aktuellen Situation rund um das UKH Lorenz Böhler siehe: [NEIN zur Schließung des AUVA-UKH Lorenz Böhler! – proSV](#)

Sowie zum langjährigen Kampf der Beschäftigten zur Erhaltung der AUVA siehe Website: www.prosv.at, unter „Suchen“ AUVA eingeben.

* *Der sogenannte Haftungsausschluss bedeutet: Unternehmer zahlen allesamt in die AUVA für Unfallbehandlung und Rehabilitation. Dafür sind sie von einer Einzelhaftung im Falle von Arbeitsunfällen in ihren Firmen befreit. Wenn jetzt die Unternehmer immer weniger dafür zahlen, aber das „Haftungsprivileg“ behalten wollen, dann sollen so Risiko und Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Den Gewinn davon hätten nur die Unternehmen!*

www.prosv.at



Kommt zum

1. MAI 2024

ab 9.00 Uhr beim
Burgtheater / am Ring,
Josef-Meinrad-Platz,
1010 Wien

***Für Demokratie,
Sozialstaat und die
immerwährende
Neutralität Österreichs!***



***Für Waffenstillstand
sofort!***

***Gegen die Kriegstreiber
in Ost und West!***

***Schluss mit Aufrüstung
und Krieg!***

Innenminister Karners Aussagen zum Spionageskandal zeigen:

Kein Schutz, einseitige Sicht, noch mehr Überwachungsstaat – plus Ablenkungsmanöver



Foto: © Screenshot / ZIB 2, 9.4.2024

Im TV-Interview verlangte Innenminister Karner noch mehr Überwachungsstaat, statt zu beantworten, warum der oberste Polizist der Republik, Michael Takács, Diensthandys nach einem Bootsunfall am Dienstweg vorbei zur „Rettung“ ins BVT brachte, wo dann Daten kopiert wurden die später an Geheimdienste verkauft wurden – angeblich an Russland und Iran.

Damit wird passend zur immer stärkeren Propaganda von der Gefahr aus dem Osten und Österreich deshalb dagegen „kriegstauglich“ machen zu müssen, die Erzählung genährt, dass Österreich von russischen Spionen überschwemmt sei.

Weiß Bundespräsident Van der Bellen mehr? Er sprach nämlich von „Mächten außerhalb der EU“, die Einfluss zu nehmen versuchen, „das kann schon nervös machen.“

Tatsächlich tummeln sich in Österreich nicht nur Spione aus und für Russland, sondern von Geheimdiensten aus aller Herren Länder.

Oft braucht es aber gar keine Spione, um Einfluss zu nehmen. Da kooperieren Österreichs Regierende von sich aus z.B. mit der USA-Nationalgarde, trainiert das Bundesheer mit NATO und USA oder will für Sky-Shield das im Kalten Krieg in Österreich installierte USA-Spionagesystem „Goldhaube“ für EU, Deutschland, NATO, USA, verstärkt nutzen. Oder wenn z.B. die Raiffeisenbank oder die OMV nicht den US-Interessen gehorchen, dann reiten direkt US-Finanzbeamte oder gar der US-Außenminister bei Regierung und Bundespräsident ein.

Van der Bellen irrt, wenn er die Einflussmächte nur außerhalb der EU

verortet. Da unterzeichnet Österreich und die Schweiz im Gleichschritt mit dem selbstgefällig dazu applaudierenden deutschen Kriegsministers Boris Pistorius die Teilnahme an Deutschlands NATO-Sky-Shield. Oder: Immer mehr dominieren deutsche Militär- und „Sicherheitsexperten“ die „Berichterstattung“ in Österreichs Medien. Ihnen wird viel Zeit gewährt für die Darstellung der „Gefahr aus dem Osten“ (Russland, China), dass Österreich deshalb seine Neutralität aufgeben und der NATO beitreten sollte. Ist das keine Einflussnahme, die nervös macht?

Das alles heißt nicht, Spionage klein-zureden. Das alles heißt nur, dass Österreich als neutrales Land schon früher und erst recht jetzt sich gegen die Einflussnahme aus allen Richtungen zur Wehr zu setzen hat. Aber wie es ausschaut, soll eine Seite zugunsten anderer in der Einflussnahme auf Österreich zurückgedrängt oder ersetzt werden, anstatt Einflussnahme auf Österreich generell zu reduzieren. *

Bericht von der Protestaktion: Das lange Sündenregister der IAEA

Anlässlich des 65. Jahrestages des Abkommens zwischen der IAEA (International Atomic Energy Agency) und der WHO (Weltgesundheitsorganisation) und zum 13. Jahrestag der Mega-Atomkatastrophe von Fukushima protestierten wir mit anderen Anti-Atom-Organisationen vor der IAEA-Zentrale in der Wiener UNO-City dagegen, dass die IAEA

- die Einleitung des mit Tritium verseuchten Wassers ins Meer bei Fukushima als „einwandfreie Entsorgung“ bezeichnet und viel zu hohe Grenzwerte für radioaktiv verseuchte Lebensmittel befürwortet
- Atomkraft als Lösung gegen den Klimanotstand propagiert
- bei einem Gipfel bei dem die EU Atomkraft als Mittel zur Erreichung der UNO-„Nachhaltigkeitsziele“ bewirbt

Wir wiesen darauf hin und warnten, dass

- Atomkraft ökologisch, technologisch und wirtschaftlich eine Untergangstechnologie ist
- AKWs und Atombomben siamesische Zwillinge sind – und nur wegen der Atomrüstung an AKWs festgehalten wird, weil damit der Atomkriegsrüstung
- ein „friedliches „ Mäntelchen umgehängt werden soll.

Zuletzt hat IAEA-Generalsekretär Grossi ganz ausdrücklich die EU für ihren neuerlichen Atomkurs gelobt und aufgefördert, die „Zukunftstechnologie“ vor-



voanzutreiben. Zukunft? Nein, zurück in die Atomvergangenheit ist das – mit all ihren Gefahren. Das Risiko hat die Bevölkerung, den Profit die Atomenergie- und Atomrüstungskonzerne.

Wie wichtig der verstärkte Kampf gegen die Atomlobby ist zeigt, dass die EU v.a. auf Druck von Frankreich die Atomkraft massiv als „grüne, erneuerbare“ Energie fördern will.

Auch in Deutschland gibt es eine neuerliche Debatte um den Wiedereinstieg in die Atomkraft. Besonders Bayern will da voranschreiten. Bei einer dementsprechenden Tagung musste sogar der industriefreundliche grüne Wirtschaftsminister dem verbreiteten Lügenmärchen entgegentreten, dass Deutschland wegen seines Atomausstiegs 25% seines Stromes aus Frankreich beziehe. Tatsache sei, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck, dass Deutschland netto nur 2% seines Stroms importiere – davon seien 25% aus Frankreich, also nur 0,5% des benötigten Stroms in Deutschland.

* Foto: www.atomgegner.at *

AUA-Streik:

Worum es beim Streik der AUA-Beschäftigten geht

Obwohl bei den Beschäftigten in den letzten Jahren gespart wurde, die Lufthansa zur „Rettung“ der AUA vom österreichischen Staat – also den Steuerzahler:innen – schon beim AUA-Verkauf an die Lufthansa und wegen Corona hunderte Millionen Euro erhalten hat, der Lufthansa-Konzern heuer Milliardengewinne schreibt und der Gehaltsunterschied im Konzern zu Österreich 40% beträgt, will die deutsche Direktorin der AUA bei den Gehaltsverhandlungen nicht einmal die Inflation abgelenken.

Der Grund aus Sicht des Lufthansa-Konzerns: Weil die Lufthansa bei der AUA eine Gewinnmarge von 8% erreichen will. Also sollen die Opfer der Beschäftigten die Gewinne der Aktionäre werden. Zudem versucht das deutsche Management mit Drohungen Belegschaft und Gewerkschaft gefügig zu machen. So heißt es, man müsse, wenn die Gewerkschaft und die Belegschaft nicht nachgibt, die „AUA neu denken“ – also die AUA zur Regional- oder Billigfluglinie herabwirtschaften. Damit wurde schon beim Verkauf der AUA an die Lufthansa 2008/2009 gedroht – siehe weiter unten.

Hat diese Vorgangsweise der Lufthansa-Statthalterin in Österreich Erfolg, werden auch andere Unternehmen ermutigt, so vorzugehen. Das zeigt die Zustimmung von WKO-Präsident Mahrer zur AUA/Lufthansa-Vorgangsweise gegenüber Belegschaft und Gewerkschaft. Das ist im Interesse aller arbeitenden Menschen abzulehnen, denn heute trifft es die AUA-Belegschaft, morgen einen anderen Betrieb. Deshalb ist Streik notwendig und berechtigt!



Mehr aktuelle Informationen siehe bei der Gewerkschaft [vida](#):

[vida - AUA-KV-Verhandlungen](#)

Foto: vida

Rückblick auf das Jahr 2009:

Wie war das mit dem Verkauf der AUA an die Lufthansa?

„Luftgeschäfte

Die AUA gehört seit Mai der Lufthansa. Die AUA- und ÖIAG-Manager, die das abgewickelt haben, haben sich schon vorweg selbst hoch belohnt dafür. Trotz des Rekordverlusts von 429,5 Mio. Euro im Geschäftsjahr 2008, haben sich die Vorstandsgagen des AUA Managements von 1,4 Mio. Euro auf 2,8 Millionen Euro nahezu verdoppelt.

»Werden die gesamten Vorstandsbezüge auf die aktiven Vorstandsmitglieder umgelegt, kassieren die AUA-Vorstände demnach pro Kopf im Durchschnitt über 948.000 Euro, im Vergleich zum Vorjahr (419.000 Euro pro Kopf) mehr als doppelt soviel«, so eine aktuelle AK-Studie (1). Und das, obwohl oder gerade weil (?) für die MitarbeiterInnen im Sinne des Herrichtens der AUA für die Lufthansa im »Sparpaket I« Kurzarbeit, Gehaltseinbußen und jetzt im »Sparpaket II« sogar 1.000 Kündigungen bis Mitte 2010 exekutiert werden. Nicht zu vergessen: die Lufthansa bekam die AUA um den offiziellen Kaufpreis eines Einfamilienhauses (366.000 Euro) geschenkt und der österreichische Staat, also die SteuerzahlerInnen, musste als Bedingungen für den Kauf noch als »Mitgift« eine halbe Milliarde Euro hinlegen. Zuvor hatte ÖIAG-Chef Peter Michaelis, selbst Bezieher eines 700.000 Euro Jahresgehaltes, die Angst verbreitet, dass die AUA ohne Lufthansa zur »Vienna-Air« verkommen würden. Im April wurden dann bezahlte Zeitungs-Inserate ähnlichen Inhalts von »Freunden der AUA« geschaltet. Falsche Freunde könnte man sagen: Aufgrund der Überschneidungen im Flugnetz zwischen AUA und Lufthansa, die ja gerade von der EU-Wettbewerbskommission wegen eines durch die Übernahme entstehenden Monopols auf gewissen Strecken geprüft werden, besteht bei der Luft-hansa-AUA-Fusion dann wirklich die Gefahr, dass wohl der kleinere »Partner« - wie das schon beim Schlucken der Swissair durch die Lufthansa der Fall war - die AUA zu einer Mini-Airline zusammengestutzt wird. Denn nach Aussagen des ehemaligen Lufthansa-Managers und nunmehrigen AUA-Vorstandes Andreas Bierwirth werden die jetzigen Maßnahmen auch noch nicht das Ende der Fahnenstange der Einsparungen sein, wird die AUA Strecken streichen und die Flotte verkleinern müssen (2).

AUA, das tut weh

Damit die Lufthansa die AUA mit 500 Mio. Euro Zuschuss aus Österreich schlucken darf, hat deren Chef, Wolfgang Mayrhofer, der EU zugesagt, die AUA-Kapazitäten um 15 Prozent zu kürzen und die österreichische Bundesregierung sogar aufgefordert, sich von der EU nicht »einlullen« zu lassen, sondern sich für den Deal stark zu machen (3). Das heißt, die »Marktbeschränkung« der Lufthansa geht einseitig zu Lasten der AUA. Und dafür, dass die Lufthansa zum größten Fluganbieter in Europa wird, wird auch noch Geld aus der österreichischen Staatskasse beigesteuert. Zudem droht die AUA unter Umständen Verkehrsrechte außerhalb der EU, die an eine nationale Mehrheit gebunden sind, zu verlieren, gerade weil die Lufthansa die Mehrheit an der AUA hat (4)! Und wenn dann die AUA-Vorstände lapidar sagen, »wir müssen zu nachhaltiger wirksamen Maßnahmen kommen. Das wäre sowieso notwendig geworden, egal in welcher Konstellation, allerdings müssen wir auch wettbewerbsfähiger werden im Lufthansa-Konzern« (5), dann fragt man sich, wozu die »Krot« geschluckt?“

1 AK-Wien: Vorstandsvergütungen und Ausschüttungspolitik der ATX-Unternehmungen, April 2009; 2 Kurier, 5. 7. 09; 3 Kurier, 4. 7. 09; 4 Kurier, 18. 6. 09; 5 Kronen Zeitung, 3.7.09 (Wilfried Leisch, Arbeit&Wirtschaft 07/2009 / 15.07.2009)

Neutralitätsbruch wird immer ärger!

- * neutralitätswidrige Panzertransporte durch Österreich mit dem Ziel Ukraine
- * neutralitätswidrig soll sich Österreich an der NATO/EU/Deutschland-Luftverteidigung (Sky-Shield) beteiligen
- * neutralitätswidrig stellen Österreichs Militärspitzen, obwohl auf die Neutralität vereidigt, immer offener die Neutralität in Frage
- * neutralitätswidrig verdrehen die Regierenden die Tatsachen und behaupten sogar, es gäbe ein „Neutralitätsrisiko“, wenn Österreich sich nicht auf die Seite von USA und NATO-EU stelle
- * neutralitätswidrig wollen hohe Militärs die Österreicher:innen „kriegstauglich“ machen, d.h. in neue Kriege hineinziehen, statt die in der Verfassung verankerte Neutralität zu verteidigen. Ungeheuerlich!

Daher ist

Aktiver, öffentlicher Widerstand ist
mehr denn je notwendig!

**Die Neutralität ist kein
Risiko, sondern die Chance,
nicht in Kriege hineingezogen
zu werden.**

www.unsere-neutralität.at

EINLADUNG

zum

Aktionstreffen

Mo, 6. Mai 2024, 19.30 Uhr

Stiftgasse 8, 1070 Wien, Amerlinghaus, Raum 1

U.A.w.g.: ggae@gmx.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache auch weiterhin benötigen! Auftreten gegen: Wirtschaftskrise, Ausbeutung, Unterdrückung, Militarisierung, Atomrüstung, AKWs, Krieg, Umwelt- und Klimazerstörung usw. Eintreten für Sozialstaat, Demokratie, Frieden, Neutralität, Natur-, Umwelt- und Klimaschutz. **Nur gemeinsam können wir eine bessere Zukunft erreichen.**

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, ist unser Auftreten nur durch ehrenamtlichen Einsatz und durch Spenden unserer LeserInnen und AktivistInnen möglich! Alle, die unsere Auffassungen teilen, laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*Mit kollegialen Grüßen
Das Redaktionsteam*

Österreichische Post AG
SM 20Z042140 S
Gewerkschafter gegen Atomenergie
Stiftgasse 8, 1070 Wien

Spendenkonto

bei der BAWAG P.S.K.

IBAN: AT19 6000 0101 1022 7650

**BIC: BAWAATWW; Empfänger*in: GGAE OESK,
Verwendungszweck: Spende**



Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. ZVR 100322133

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift "Gewerkschafter gegen Atomenergie" ist zu 100% der gleichnamige Verein, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W. Leisch, H. Schriffl, H. Tschida.

Datenschutzerklärung siehe:

www.atomgegner.at/datenschutzerklaerung-impresum